

Thesen am Rathausportal

Erster Bürgerkonvent fordert Direktwahl für Bezirksbeiräte

VON JÜRGEN LESSAT

STUTT GART. Weder der frischgebackene Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) noch der 60-köpfige Gemeinderat, zuletzt im Jahr 2009 gewählt, vertreten aus ihrer Sicht die Einwohner der Landeshauptstadt. Unter dem Motto „Stuttgart selber machen“ sind deshalb am Samstag rund 150 Menschen zum Gründungskonvent für ein „BürgerInnen-Parlament“ zusammengekommen. Am Ende der fünfstündigen Diskussionsveranstaltung im Rathaus machten es die Teilnehmer wie der Kirchenreformer Martin Luther. Sie schlugen ihre Thesen für direkte Bürgerbeteiligung ans Stuttgarter Rathausportal. „Die Bezirksbeiräte sollten von der Bevölkerung direkt gewählt werden“, zitiert Andrea Schmidt von den Veranstaltern eine der Thesen. Bislang ernennen die Parteien die Beiräte in den Bezirksgremien, wobei sich der Parteienproporz nach dem Ergebnis

der Gemeinderatswahl richtet.

Auch müssten die 23 Bezirksbeiräte Stuttgarts mehr Entscheidungsbefugnis bekommen sowie mit eigenen Haushaltsbudgets ausgestattet werden, um eigene Projekte vor Ort umsetzen zu können. Bislang hat das Votum der Beiräte nur empfehlenden Charakter, das letzte Wort hat in Finanz- wie Sachfragen immer der Gemeinderat. „Seit Jahren werden im Stuttgarter Rathaus Entscheidungen gegen die Interessen der Bürger getroffen“, begründet Mitinitiator Peter Gruber die Notwendigkeit eines Bürgerparlaments. Als Beispiel nannte er die Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte Stuttgarts, mit denen um die Jahrtausendwende etwa die



Foto: Leif Pichowski

Schmidt

Wasserversorgung an amerikanische Investoren verkauft wurde. Auch beim Verkauf der LBBW-Wohnungen an einen Immobilien-Investor habe die Stadt als Anteilseignerin der Landesbank nicht die Mieterinteressen vertreten, nannte Gruber ein jüngeres Beispiel. „Ein öffentlicher Diskurs ist bei solch weitreichenden Entscheidungen nicht möglich, das Abstimmungsergebnis steht von vornherein fest“, so Gruber.

Jens Loewe, ehemaliger OB-Kandidat, kritisierte auch den Stuttgarter Bürgerhaushalt, der aktuell zum zweiten Mal anläuft. „Bei einem echten Bürgerhaushalt treffen die Einwohner selbst Finanz- wie Sachentscheidungen“, verwies er auf die Bürgerbeteiligung im brasilianischen Porto Alegre. Die Initiatoren des Konvents, die im vergangenen November durch eine Rathausbesetzung für Aufsehen sorgten, wollen das „BürgerInnen-Parlament“ in spätestens zwei Monaten erneut einberufen.